

„Warum die Linke verliert“

Die französische Monatszeitung *Le Monde Diplomatique* hat in ihrer Ausgabe für Januar 2022 einen interessanten Schwerpunkt zur Krise der Linken mit [Beiträgen u.a. über Italien, Spanien, Deutschland](#) gebracht

Le Monde Diplomatique ist mit einer verkauften Auflage von etwas über 170.000 Exemplaren die größte Monatszeitung Frankreichs.

Die Zeitung erscheint auch in 22 anderen Sprachen in 32 Ausgaben, wobei die jeweiligen Redaktionen unabhängig sind, d.h. die Artikel in den verschiedenen Ländern sind nur teilweise identisch.

Mit ihrem Leitartikel [Entwaffnet die Märkte](#) im Dezember 1997 stieß die Zeitung die Gründung von Attac an.

Die [deutsche Januar-Ausgabe](#) hat drei Artikel des französischen Schwerpunkts übernommen, darunter ein anregender Überblicksartikel von Benoît Bréville und Serge Halimi (siehe unten).

Der [Artikel zur deutschen Linkspartei](#) in der französischen Ausgabe von Peter Wahl wurde nicht in die deutsche Ausgabe übernommen, da er vorwiegend auf das Informationsbedürfnis des französischen Publikums zugeschnitten ist. Er enthält auch eine kurze Passage zu Attac Deutschland.

Eine vom Autor autorisierte Übersetzung findet sich im Anschluss an den Text von Bréville/Halimi (s.u.).

Trauerspiel in Rot

von Benoit Bréville und Serge Halimi

Deri Monate vor den französischen Präsidentschaftswahlen rechnen wohl die meisten damit, dass die Linke wieder einmal verlieren wird. Selbst wenn sie sich für diese Wahl überraschenderweise noch zusammenschließen würden – die diversen Strömungen, aus denen die linke „Familie“ besteht, haben nicht mehr viel gemeinsam.

Wie könnten sie zusammen reagieren, wenn sie sich bei so grundlegenden Fragen wie der Steuerpolitik, dem Renteneintrittsalter, der Europäischen Union, der Energiegewinnung durch Atomkraft, der Verteidigungspolitik oder den Beziehungen zu Washington, Moskau und Peking uneins sind? Das Einzige, was sie noch eint, ist die Angst vor den Rechtsextremen. Deren Aufstieg hält seit vier Jahrzehnten an, 20 Jahre davon (1981–1986, 1988–1993, 1997–2002, 2012–2017) war die Linke an der Macht. Ihre Strategien, um die Gefahr von rechts einzudämmen, sind also grandios gescheitert.

In anderen Ländern sieht es nicht besser aus. „Wir müssen nicht lang drum herumreden. Wir gehen unter. In ziemlich vielen Ländern ist die Linke erledigt“, gesteht Jean-Luc Mélenchon, der Vorsitzende von La France insoumise.¹ Unter den Linken dürfte er als Kandidat die besten Chancen haben, aber insgesamt liegt er hinter mehreren rechten und rechtsextremen Kandidatinnen. 2002 regierten die Sozialdemokraten in 13 von 15 EU-Ländern. 20 Jahre später sind sie nur noch in 7 von 27 EU-Staaten an der Regierung beteiligt (Deutschland, Finnland, Schweden, Dänemark, Spanien, Portugal und Malta). Dieser Absturz hat mit einem schlimmen Paradox zu tun, das der linksrepublikanische Politiker Jean-Pierre Chevènement folgendermaßen beschreibt: „Die neoliberale Globalisierung mit der Freizügigkeit für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Menschen wird nicht von der Linken infrage gestellt, bei der inzwischen der Sozialliberalismus vorherrscht, sondern von der sogenannten populistischen Rechten.“²

Dabei hätte diese Entwicklung eigentlich der „linken Linken“ Auftrieb geben müssen. Danach sieht es aber nicht aus. In Griechenland wurde die Syriza von ihren Gläubigern zu der harten Wirtschafts- und Finanzpolitik gezwungen, die sie bekämpfen wollte; sie hat sich gebeugt und die Macht verloren. Podemos in Spanien (siehe den Beitrag auf Seite 14 f.) und Die Linke in Deutschland sind geschwächt. Die französischen Kommunisten stellen keinen einzigen Abgeordneten mehr im Europaparlament. Und das ist noch nicht alles. Jeremy Corbyn, der als Parteiführer versucht hat, die britische Labourpartei aus dem Blair'schen Fahrwasser herauszulösen, sitzt inzwischen im Unterhaus bei den Fraktionslosen. In den USA hat sich Bernie Sanders partei bemüht, der demokratischen Partei, die tatkräftig an der neoliberalen Globalisierung mitgewirkt hatte, eine neue Identität zu geben. Er scheiterte jedoch in den Vorwahlen 2016 und 2020. Nur in Lateinamerika gibt es für die Linke hier und da noch Hoffnung (siehe den Beitrag auf Seite 1 f.).

Der Versuch einer gesellschaftlichen Veränderung muss sich auf eine starke Bewegung von unten stützen. Bekanntlich kann man das Versagen einer Politik oder gar die Unrechtmäßigkeit eines Systems erkennen, ohne dieses System auch beseitigen zu wollen. Wenn die nötigen Instrumente feh-

Die Bilanz der politischen Linken in Europa ist ernüchternd. Fast alle linken Hoffnungen der vergangenen Jahre – von Podemos bis Syriza – sind gescheitert. Soll sie wieder eine Rolle spielen, muss die Linke den Mut für eine neue Radikalität aufbringen.



Fred Hüning, ohne Titel, aus der Serie „Keine Angst vor Rot, Gelb und Blau“, digitale Fotografie, 2021, 40 x 30 cm

len, fällt die Wut oft in sich zusammen; man schlägt sich dann so durch oder gelangt zu der festen Überzeugung, die sozialen Rechte des Nachbarn seien Privilegien.

Das ist der Nährboden für Konservative und Rechtsextreme. In Frankreich und anderswo ist das Scheitern der meisten großen Sozialbewegungen in den letzten 20 Jahren teilweise auf ineffiziente Strategien der Gewerkschaften zurückzuführen, während die Bourgeoisie aus ihren Niederlagen lernt und weiß, wie man die Instrumente, die dazu geführt haben, zerstört. Sie ändert die Spielregeln oder bricht sie skrupellos. So schrieb der Philosoph Lucien Sève: „Der Kapitalismus wird nicht von selbst zusammenbrechen, er hat noch die Kraft, uns alle mit in den Tod zu reißen, wie der lebensmüde Flugzeugpilot seine Passagiere. Wir müssen das Cockpit stürmen, um gemeinsam den Steuerknüppel runzuzureißen.“³

Oft genug hat die Linke im Cockpit gesessen. Doch genau das ist heute ihr Handicap. Die Erinnerung daran lässt die Leute zögern, ihr erneut das Heft in die Hand zu geben. Namen wie Blair, Clinton, Mitterand, Craxi, Gonzales, Schröder oder Hollande provozieren oft eine heftige Abwehr. Man muss schon in einem Stapel Schwarz-Weiß-Fotos wühlen, damit das Wort „links“ noch Wehmut auslöst: New Deal, Front Populaire oder „Spirit of '45“, dem die Briten ihr Gesundheitssystem verdanken.

Die Geschichte der Enttäuschungen – vor allem in den letzten Jahren – muss hier nicht ausgebreitet werden. Zwei grundlegende Aspekte lohnt es sich aber zu erwähnen: Zum einen ist die Linke nicht einfach dabei gescheitert, ihr eigenes Programm zu verwirklichen, sie hat vielmehr das ihrer Gegner umgesetzt. Und zum anderen erfolgte jedes Mal – so sie nicht vorschnell kapituliert wie Präsident Hollande seit dem allerersten Tag seiner Amtszeit – weder ein Staatsstreich noch der Einmarsch fremder Truppen, sondern die finanzielle Strangulierung. „Der Athener Frühling wurde ebenso zerschlagen wie der Prager Frühling. Nur nicht von Panzern, sondern von den Banken“, erklärte 2015 der griechische Finanzminister Yannis Varoufakis.

Oft saß der Feind im Innern. Bis vor Kurzem hätte sich niemand vorstellen können, dass ein früherer Premierminister der Labourpartei (Tony Blair) in die Privatwirtschaft wechseln und mit seinen Diensten für die Barclaybank und JP Morgan reich werden würde oder dass ein früherer sozialistischer Finanzminister (Dominique Strauss-Kahn) Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) werden könnte. Gleich drei französische Sozialisten oder Mitterand-Vertraute haben maßgeblich an der Deregulierung der Finanzmärkte mitgewirkt: Jacques Delors als Präsident der Europäischen Kommission, Henri Chavranski an leitender Position in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und Michel Camdessus als IWF-Direktor.

Öffentlich-private Partnerschaften (Public Private Partnerships, PPP) und Privatisierungen, auch die der Medien, wurden oft von Linken vorangetrieben. Als der sozialistische Ministerpräsident Lionel Jospin 2002 seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen erklärte, behauptete er gar, die von seiner Regierung beschlossene Privatisierung von France Télécom und Air France sei „im Interesse der Beschäftigten“ gewesen. Wie will man mit einer solchen

Bilanz eine linke Wählerschaft mobilisieren?

Wenn die Linke an der Macht ist, sich aber weigert, gegen rechte Politik die Führung zu übernehmen, ist es allerdings auch nicht einfacher. Vor fast einem Jahrhundert äußerte der sozialistische Politiker Léon Blum am Vorabend der Parlamentswahl von 1924 für den Fall eines Siegs der Linken seine Sorge: „Wir sind nicht sicher, ob die Vertreter und Regierenden der heutigen Gesellschaft nicht selbst den Pfad der Legalität verlassen, wenn sie ihre Grundprinzipien zu sehr bedroht sehen.“⁴ Blum fürchtete einen Staatsstreich. Ein solcher ist heute nicht mehr nötig, man muss den Pfad der Gesetzmäßigkeit nicht verlassen, damit die Grundprinzipien der kapitalistischen Gesellschaft weiter gelten, egal, was die betroffene Bevölkerung beschließt.

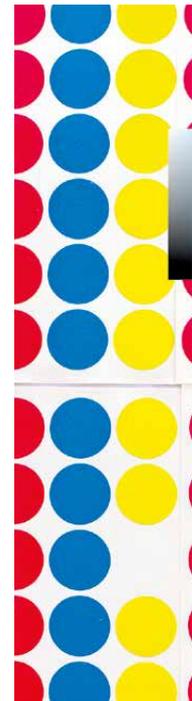
Nur vier Tage nach dem Parlamentssieg der griechischen Linken warnte der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker die Sieger: „Es kann keine demokratische Entscheidung gegen die europäischen Verträge geben.“ Diese verhärteten Strukturen, das Gefühl, alles sei unmöglich geworden, sind inzwischen so tief in den Texten und in den Köpfen der Regierenden verankert, dass Finanzminister Bruno Le Maire kürzlich auf die Mitteilung, 90 Prozent der Franzosen seien für die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf 50 Grundbedarfsgegenstände, nur antwortete: „Darüber müssten wir jahrelang mit der Europäischen Kommission verhandeln, denn im Rahmen der aktuellen Vorschriften ist eine Mehrwertsteuer von null Prozent nicht möglich.“⁵ Wir würden ja gern, aber wir können nicht ...

Dass sich die Politiker so oft auf die eigene Ohnmacht berufen, hat die politische Debatte in Verruf gebracht. Die Parteien verlieren ihre Mitglieder (vor 40 Jahren hatte die Sozialistische Partei Frankreichs 200.000 Mitglieder, heute sind es noch 22.000), und sie gelten nicht mehr als Weichensteller des Wandels, sondern als Wahlmaschinen, als Apparat, in dem man unter sich bleiben, Hahnenkämpfe austragen und sein Ego polieren kann.

Resignation und Fatalismus

Um sich von diesen Organisationsformen abzugrenzen, wenden sich viele Aktivisten anderen Bewegungen zu, die horizontal, inklusiver und partizipativer sind; man denke etwa an die Demonstranten des Arabischen Frühlings, an Occupy Wall Street, Nuit Debout oder die Gelbwesten: Sie alle lehnten es ab, Anführer zu wählen (aus Angst vor der Personalisierung), hierarchische Strukturen zu schaffen (aus Angst vor dem Autoritarismus), Bündnisse mit Parteien oder Gewerkschaften einzugehen (aus Angst vor Vereinnahmung) oder sich am Spiel der Wahlen zu beteiligen, das mit Machenschaften und Kompromissen gleichgesetzt wird.

Dieser Drang nach moralischer Integrität geht allerdings auf Kosten der Effizienz. Am 15. Oktober 2011 hat die Occupy-Bewegung Millionen Menschen in 952 Städten in 82 Ländern auf die Straße gebracht – die größte weltweite Demonstration der Geschichte. Erreicht hat sie nichts. Die Gelbwesten haben dutzende Samstage demonstriert – die längste soziale Bewegung in Frankreich. Auch sie haben nicht viel erreicht. Und der Arabische Frühling? Zehn Jahre nach den Kundgebun-



Fred Hüning, ohne Titel, aus

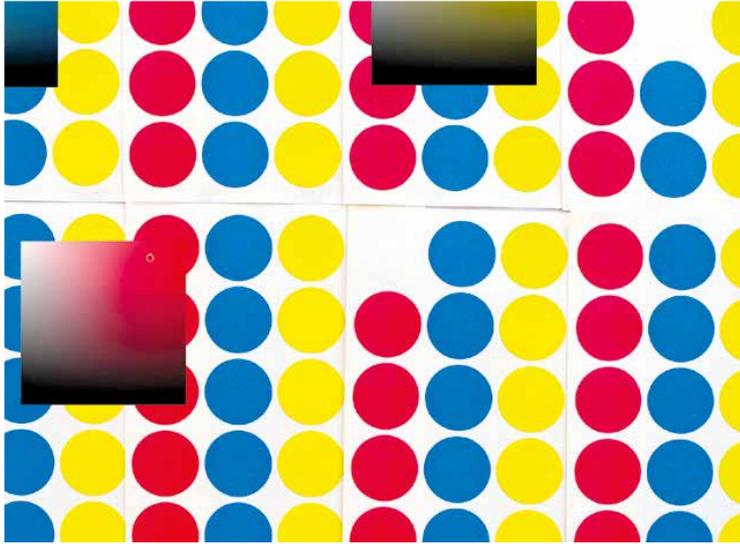
gen auf dem Tahrirplatz in Kairo leidet das Land unter der Diktatur von Abdel Fattah al-Sisi, die noch schlimmer ist als die des 2011 gestürzten Präsidenten Husni Mubarak.

„Die jungen Leute, die diese Bewegungen geführt haben, lehnten jede Form einer vertikalen Organisation ab“, erklärt der Politikwissenschaftler Hicham el Alaoui. „Warum? Weil sie dem politischen System nach Jahrzehnten der Korruption misstrauten, es als schmutzig und korrumpiert ansahen. Um ihren Idealismus zu bewahren, mussten sie rein bleiben.“⁶ Allerdings konnte man noch so viel Druck auf der Straße machen. „Wenn dieser Druck nicht im politischen System ankommt, bleibt es draußen.“ In solchen Fällen ist die Gleichung simpel: ohne Organisation kein Einfluss, ohne Einfluss keine Ergebnisse.

Das hat zu Resignation oder gar Fatalismus geführt. Und zu der Suche nach anderen Wegen. Weil Millionen Menschen auf der Straße nicht ausreichen, um die Welt zu ändern, ziehen viele Aktivistinnen inzwischen lokale Alternativen vor und engagieren sich in konkreten Initiativen, mit denen sie die gesellschaftliche Ordnung unterlaufen können, etwa in Autonomen Zonen oder selbstverwalteten Kommunen. Wer sich aus dem System ausklinkt, findet sich allerdings damit ab, das Wesentliche nicht ändern zu können.

„Man verändert die gesellschaftlichen Beziehungen nicht, indem man sich ihnen entzieht. Eine antikapitalistische Insel schafft den Kapitalismus nicht ab: Sie überlässt ihm das ganze Festland“, sagt der Ökonom und Soziologe Frédéric Lordon. Dennoch zeigt es, dass die Bewegung lebt. „Das ist ein unschätzbare Wert. Allerdings nur, wenn auch die Rückkehr aufs Festland vorbereitet wird.“⁷ Aber erreichen Bewegungen wie die Zones à Défendre (ZAD), die oft von jungen Leuten aus der gebildeten Mittelklasse gegründet werden, auch die sozial Schwächeren?

Wenn wir über das Scheitern der Linken nachdenken, müssen wir den



eine Angst vor Rot, Gelb und Blau“, digitale Fotografie, 2021, 30 × 40 cm

Blick auf das Bündnis zwischen den Klassen richten. Nur durch sie konnte die Linke im Verlauf des 20. Jahrhunderts die Gesellschaft verändern. Heute ist dieses Bündnis zerschlagen. Die gemeinsame Front aus progressiver Mittelklasse und prekärer Unterklasse hat sich aufgelöst. Beide Gruppen finden nicht mehr zueinander, zu weit ist die räumliche und schulische Segregation schon gediehen. Sie haben aufgehört, in politischen Parteien zusammenzuarbeiten, die heute mehrheitlich aus bürgerlichen Hochschulabsolventinnen und Rentnern bestehen. Sie setzen sich nicht mehr für dieselben Dinge ein, haben nicht mehr dieselben Prioritäten.

Die Spaltung zwischen der Linken und den Unterlassen in den letzten 30 Jahren wurde durch verschiedenste Faktoren erklärt: politische (Verrat an eingegangenen Verpflichtungen), wirtschaftliche (Ausweitung des Dienstleistungssektors, Finanzialisierung der Wirtschaft), ideologische (neoliberale Hegemonie), soziologische (Verherrlichung der Meritokratie durch die gebildeten Klassen), anthropologische (Auflösung vielfältiger Lebensformen in der berechnenden, marktwirtschaftlichen Logik), geografische (Metropole gegen Peripherie) und kulturelle (gesellschaftliche Kämpfe gegen soziale Kämpfe).

All diese unterschiedlichen Erklärungsansätze fügen sich nur dann zu einem kohärenten Bild zusammen, wenn man zusätzlich zwei selten erwähnte Ursachen berücksichtigt: einerseits das Ende der „sowjetischen Bedrohung“, die auf die Führer der „freien“, kapitalistischen Welt früher eine ausgleichende Wirkung hatte; und andererseits die Verschlechterung der Beziehung zwischen Unterlassen und institutioneller Politik.

Der Ökonom Thomas Piketty ist zwar ein entschiedener Gegner des revolutionären Marxismus, aber auch er erkennt an, dass „die Verringerung der Ungleichheit im 20. Jahrhundert viel mit der Existenz eines kommunistischen Gegenmodells zu tun hatte.“ Durch den Druck auf die Eigentümer-

Elite in den kapitalistischen Ländern habe es „das Kräfteverhältnis stark beeinflusst und ein Steuer-, Sozial- und Sozialversicherungssystem entstehen lassen, das man ohne dieses Gegenmodell wohl kaum durchgesetzt hätte.“⁹ Es mag heute seltsam erscheinen, aber vor allem für den engagierten Teil der westlichen Arbeiterklasse symbolisierte die Sowjetunion Jahrzehntlang die konkrete Möglichkeit einer anderen Gegenwart, mit anderen Worten: eine Hoffnung.

Es gibt keine Politik ohne Glauben an die Zukunft. Die Verbindung von Wunsch, Illusion und Hoffnung ist in den 1980er Jahren geschwunden, als die Regierungslinien zu Liberalen wurden und damit die Industriestadtionen zerstörten und die dortige Arbeiterschaft, die seit den 1930er Jahren sehr einflussreich war, ins Abseits katapultierte.¹⁰ Die „Entpolitisierung“, die Kommentatoren und Umfrageinstitute bei sozial schwachen Bevölkerungsgruppen registrieren, ist nur ein Name für die Weigerung, sich an einem Spiel zu beteiligen, bei dem man nichts mehr zu gewinnen hat.

Occupy war gestern

Der Rückzug der einen festigt das Monopol der anderen. Je weiter der Anteil der Hochschulabsolvent:innen steigt (in Europa und den USA nach dem Krieg weniger als 5 Prozent, heute mehr als ein Drittel), desto größer wird die kulturelle Hegemonie dieser Bevölkerungsgruppe und ihr Einfluss als Wählerschaft. Um politisch zu dominieren, ist es für sie nicht mehr so wichtig, Bündnisse mit anderen Gruppen zu schmieden, deren Prioritäten sie dann auch berücksichtigen müssten.

In den 1950er und 1960er Jahren wählten die Reichen und Gebildeten rechts, während die Armen und weniger Gebildeten links wählten. Das hat sich geändert: Eine Person mit Universitätsabschluss tendiert bei der Wahl-

entscheidung eher nach links. Wer weder ein Diplom hat noch ein Spezialist ist und sich deshalb verachtet fühlt, ist geneigt, das Gegenteil zu wählen.¹¹ Auch überall in Europa begegnet man inzwischen dem „US-amerikanischen Modell“: Reiche, intellektuelle Städte wie New York oder San Francisco wählen demokratisch, ein armer, ländlicher Staat wie West Virginia oder Mississippi stimmt für die Republikaner.

Anders als vor 30 oder 40 Jahren können die Parteien der Gemäßigten Linken – ob sie Sozialisten, Labour, Demokraten oder Grüne nennen – jetzt auf Wahlsiege hoffen, auch wenn sie die Forderungen der Wähler:innen aus den Unterlassen ignorieren – zumal sich diese kaum an den Wahlen beteiligen. Also können sie ungestört einen kulturellen und gesellschaftlichen Liberalismus vertreten, der sich vor allem an das aufgeklärte Bürgertum richtet. „Die Arbeiter verlieren? Das macht nichts“, hatte Hollande einst verkündet. Und der New Yorker Senator Chuck Schumer formulierte es im Juli 2016 so: „Für jeden demokratischen Arbeiter, den wir in Westpennsylvania verlieren, gewinnen wir zwei gemäßigte Republikaner in den Vororten von Philadelphia.“¹² Drei Monate später gewann Donald Trump Pennsylvania und damit die Wahl.

Auch Dominique Strauss-Kahn hatte empfohlen, die französischen Sozialisten sollten auf die Wählerschaft aus den Unterlassen verzichten und sich „absolut vorrangig um das kümmern, was in der Mittelschicht unseres Landes geschieht“. Diesen Ratschlag gab Strauss-Kahn kurz vor der Präsidentschaftswahl von 2002, bei der sein Kandidat verlor, und erklärte ihn damals so: „Die Angehörigen der Mittelschicht, die sich zum übergroßen Teil aus gescheiterten, gebildeten und informierten Arbeitnehmern zusammensetzt, sind das Gerüst unserer Gesellschaft und sichern ihre Stabilität.“ Das sei nicht der Fall bei der „Gruppe der sozial am stärksten Benachteiligten“, so Strauss-Kahn, diese wählten „meis-

tens gar nicht“ und ihr „Zorn entlädt sich manchmal in Gewalt“.¹³

Vor 20 Jahren siegten die Sozialisten über die Konservativen bei den Kommunalwahlen in Paris, verloren aber 20 andere Städte. Einer ihrer Köpfe, Henri Emmanuelli, veröffentlichte damals einen Artikel mit dem ironischen Titel: „Die Linke – zu welchem Quadratmeterpreis?“¹⁴ Darin schrieb er: „Inzwischen scheint der Einfluss der linken Parteien dem Quadratmeterpreis zu folgen, dabei war es traditionell eher umgekehrt.“ 1983 und 1989 hatte der Konservative Jacques Chirac noch in allen 20 Arrondissements der Hauptstadt gewonnen. Ab 2001 folgten ein Sozialist und eine Sozialistin, in deren Amtszeit sich der Quadratmeterpreis verdreifachte.

Die Rechtsextrremen, die bei der Präsidentschaftswahl 1988 in Paris, ähnlich wie im Landesdurchschnitt, 13,38 Prozent bekommen hatten, holten 2017 in der Hauptstadt nur noch 4,99 Prozent, obwohl Marine Le Pen landesweit vor allem dank der Stimmen der Arbeiter und Angestellten auf 21,3 Prozent kam. Angesichts einer solchen soziologischen Umkehrung ist es nicht verwunderlich, dass die oberen Klassen und Hochschulabsolvent:innen bei der Linken den Ton angeben und ihre strategischen Prioritäten festlegen.

Dabei hat nicht jeder unbedingt die gleichen Ziele; und das gilt auch für die Wähler:innen ein und derselben Partei. In den USA sollten 2017 Arbeiter, die für die Demokraten gestimmt hatten, angeben, welche Themen für sie besonders wichtig waren. Sie nannten Gesundheitsversorgung, Wirtschaft, Sozialversicherung und Medicare. Die fünf wichtigsten Themen unter progressiven Hochschulabsolvent:innen, genauer der „kreativen Kreise“ aus Journalist:innen, Künstler:innen, Lehrer:innen, Marketingprofis, Abgeordneten, Professor:innen, Leser:innen der *New York Times*, Blogger:innen oder Hörer:innen der öffentlichen Rundfunksender, waren, in dieser Reihenfolge: Umwelt, Klimawandel, Gesundheitsversorgung, Bildung, Armut.¹⁵

Diese Unterschiede sind nicht gleichbedeutend mit der Diskrepanz zwischen Gemäßigten und Radikalen. 2019 erlitt die britische Labour Party eine krachende Niederlage, als ihr Vorsitzender Jeremy Corbyn unter dem doppelten Druck der Blair-treuen Abgeordneten, die ihn hassten, und der radikalen Studierenden, die ihn unterstützten, für den Fall seines Wahlsiegs ein zweites Brexit-Referendum ankündigte. Für den Austritt aus der EU, den die gebildete Mittelklasse, Gemäßigte ebenso wie Radikale, heftig ablehnte, hatten jedoch gerade Wahlkreise mit sehr vielen Arbeitern gestimmt. Wegen Corbys Entscheidung für Europa gingen Dutzende Wahlkreise an die Tories. Die Lehre ist eindeutig: Wenn die Linke die Wähler:innen zurückgewinnen will, die sie verloren hat, sollte sie besser nicht die Themen in den Vordergrund rücken, die diese Wählerschicht am meisten verärgern.

In schwierigen Zeiten wächst die Sehnsucht nach guten Nachrichten. Seit Beginn der Coronakrise hat die Mobilisierung einer offensiven Linken nachgelassen; der Rückzug auf sich selbst nimmt ebenso zu wie die Sehnsucht nach der „Welt von früher“ und die Fokussierung der öffentlichen Debatte auf die identitären Obsessionen der Rechtsextrremen. Das alles gehört zu einer Politik der Angst, und wenn die Linke ihr nachgäbe, könnte sie nur

noch die Errungenschaften der Vergangenheit verteidigen oder ein zusammengestückeltes Programm vorschlagen, um das Schlimmste zu verhindern.

Unter diesen Voraussetzungen wird der Damm gegen rechts dann meist auf dem Fundament der gemäßigten, zaghaften Vorschläge aufgebaut, die am wenigsten Gefahr laufen, am Ende irgendetwas an der existierenden Ordnung zu ändern: Hollande und Macron eher als Mélenchon 2012 und 2017, Clinton und Biden eher als Sanders 2016 und 2020. Doch damit nimmt man die Gefahr in Kauf, dass das Wasser beim nächsten Mal noch höher steigt.

Architekten des Wirtschaftsliberalismus wie Friedrich Hayek, die genug von den Verteidigungskämpfen gegen den Nachkriegssozialismus hatten, wählten einen anderen Weg. Sie forderten ihre Anhänger zu einem „intellektuellen Abenteuer“, zu „mutigem Handeln“ und „wahren Radikalismus“ auf. Heute gilt dieser Rat den Linken: Die gewissenhafte Einhaltung der ökonomischen und politischen Spielregeln, die seit 30 Jahren von ihren Gegnern festgelegt werden, würden sie sicher in die nächste Niederlage führen.

Der dreifache Notstand – ökologisch, sozial und demokratisch – verlangt vielmehr, dass wir dem heute herrschenden „liberalen Radikalismus“, dessen Fortsetzung am Ende die Gesellschaft zerstören und das Ende der Menschheit herbeiführen würde, eine andere Radikalität entgegensetzen. Diesmal mit der Gewissheit, dass eine intellektuelle und meritokratische Linke weder egalitär noch populär und gewiss nicht siegreich sein kann.

Sollte der neue chilenische Präsident Gabriel Boric seinen Worten Präzision folgen lassen und aus seinem Land das „Grab“ des Neoliberalismus machen, könnte er uns als Vorbild dienen. Dass es ein steiniger Weg sein wird, ist stark untertrieben. Als Noam Chomsky eines Tages nach seinem unerschütterlichen Optimismus gefragt wurde, antwortete er: „Du hast die Wahl. Du kannst sagen: Ich bin Pessimist, das wird alles nichts, ich verzichte und garantiere damit, dass das Schlimmste kommt. Oder du orientierst dich an den Hoffnungsschimmern und den vorhandenen Möglichkeiten und sagst, dass wir vielleicht eine bessere Welt errichten werden. Eigentlich hast du gar keine Wahl.“

¹ „Questions politiques“, *France Inter*, 21. März 2021.
² Jean-Pierre Chevènement, „Qui veut risquer sa vie la souverain“, Paris (Robert Laffont) 2020.
³ Siehe Niels Radtke, „Tsipras und die Realpolitik“, *LMd*, November 2015.
⁴ Interview in *L’Humanité*, 8. November 2019, Nachdruck am 24. März 2020, kurz nach seinem Tod.
⁵ Léon Blum, „L’idéal socialiste“, *Le Monde de Paris*, Mai 1924. Zitiert in Jean Lacouture, „Léon Blum“, Paris (Seuil) 1977.
⁶ Gerald Darmanin, *Le Journal du dimanche*, 7. April 2019.
⁷ „A dissents view of the Arab Spring“, Interview mit Hicham el Abaoui, *The Harvard Gazette*, 23. Dezember 2019.
⁸ „Frédéric Lordon: „Rouler sur le capital“, *Balbast*, 21. November 2018.
⁹ Vortrag bei den „Amis de l’Huma“, 31. Januar 2020.
¹⁰ Stéphane Beaud, Michel Pichoux, „Pourquoi la gauche a-t-elle perdu les classes populaires?“, *Savoir/Agir. Vulgaires-sur-Seine*, nr. 34, Dezember 2015.
¹¹ Siehe Amyr Gethin, Clara Marten –Taldano und Thomas Piketty (Hrsg.), *Clivages politiques et inégalités sociales*, Paris (Gallimard) 2020.
¹² „The democrats’ risky pursuit of suburban republicans“, *The New Republic*, 19. Dezember 2017.
¹³ Dominique Strauss-Kahn, „La Flamme et la Cendre“, Paris (Grasset) 2002.
¹⁴ *Libération*, Paris, 27. März 2001.
¹⁵ „Placing priority, How Issues Mattered More than Demographics in the 2016 Election“, *Democracy Fund Voter Study Group*, Washington, Dezember 2017.
Aus dem Französischen von Claudia Steinitz

Warum die Linke verliert

In Deutschland: Zwei Linien im gleichen Lager

von Peter Wahl

Unterhalb einer bestimmten Schwelle wird eine Wahlniederlage zu einem Schockerlebnis. Und so muss man wohl das Ergebnis von 4,9% bezeichnen, das die Partei *Die Linke* bei den Bundestagswahlen im September letzten Jahres erzielte. Nur eine Sonderregel rettete ihren Einzug in den Bundestag: eine Partei, die in mindestens drei (von 299) Wahlkreisen die Mehrheit bekommt, kann auch dann eine Fraktion bilden, wenn sie die Fünf-Prozent-Hürde nicht überspringt. Der Absturz bleibt dennoch spektakulär für eine Partei, die 2009 fast 12 % erreichte und sich 2017 immerhin bei 9,2 % halten konnte. Diesmal vereint sie nur noch 2,3 Millionen Stimmen auf sich, fast die Hälfte der 4,3 Millionen von 2017. Und ihre Bundestagsfraktion zählt nur noch 39 gegenüber vorher 69 Sitzen - in einem Parlament mit insgesamt 736 Abgeordneten.

Dieses Debakel eröffnet ein neues Kapitel in der an Niederlagen reichen Geschichte der deutschen Linken in der Nachkriegszeit. 1956 wurde die Kommunistische Partei in Westdeutschland verboten, und es sollte bis 1983 dauern, bis durch die Grünen - damals mit einer zeitweilig explizit ökosozialistischen Führung - wieder linke Positionen im Parlament vertreten waren. Nach der Wiedervereinigung 1990 gab es bei den Grünen jedoch einen Kurswechsel. Sie beteiligten sich an der neoliberalen Regierung Gerhard Schröders (1998-2005) und spielten beim deutschen Militäreinsatz 1999 gegen Jugoslawien sogar eine führende Rolle.

Die Renaissance der Linken entwickelte sich 2007 aus zwei unterschiedlichen Projekten, die sich zu einer neuen Partei zusammenschlossen. Auf der einen Seite Gewerkschafter und ehemalige Sozialdemokraten, die von der neoliberalen Ausrichtung ihrer Partei enttäuscht waren, auf der anderen Seite die *Partei des Demokratischen Sozialismus* (PDS), die Nachfolgerin der Regierungspartei der DDR. Dank ihrer Verankerung in den östlichen Bundesländern hatte die PDS 2005 zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung die Fünf-Prozent-Hürde übersprungen.¹ *Die Linke* war erfolgreich, weil sie eine Leerstelle im politischen Spektrum füllen konnte.

Diese Phase scheint vorbei zu sein. Die Partei verliert eine Hochburg nach der anderen. Nicht nur in den östlichen Regionen, wo sich ihr Ergebnis innerhalb von zehn Jahren halbiert hat (von 20 % auf 9,8 %), sondern auch in symbolträchtigen Wahlkreisen wie Marzahn-Hellersdorf im Osten Berlins, der im September von der CDU erobert wurde, obwohl er 2001 noch zu 51 % für die postkommunistische Partei gestimmt hatte.

Warum verliert die Linke? Zunächst aus demografischen Gründen: Der harte Kern der postkommunistischen Wählerschaft, der die Wiedervereinigung als Annexion erlebt hat, altert und schrumpft. Eine Verjüngung gelingt nicht, da die Partei nicht mehr als Interessensvertretung der Menschen im Osten gilt - eine Rolle, die es ihr früher ermöglichte, Protestwähler anzuziehen. An Gründen für Unzufriedenheit fehlt es gleichwohl nicht: 30 Jahre nach dem Fall der Mauer teilt immer noch ein eiserner Vorhang Deutschland bei Lebensstandard, Löhnen und Renten. Da die Linke in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen an der Regierung beteiligt ist, zieht jetzt die rechtsextreme *Alternative für Deutschland* (AfD) die Proteststimmen im Osten auf sich und verkörpert eine reaktionäre Opposition in den ehemaligen linken Hochburgen des Ostens.

Bei den Wahlen vom vergangenen September trat ein noch schwerwiegenderes Problem zutage. Wie lässt sich ihr Absturz in jenen Gruppen erklären, die traditionell den Kern ihrer sozialen Basis ausmachen - Arbeiter, Arbeitslose, prekär Beschäftigte und Niedriglöhner - und das, obwohl soziale Sicherheit das dominierende Thema des Wahlkampfes war, noch vor Wirtschaft, Arbeit, Umwelt und Klima.²

Und wie ist zu verstehen, dass es die Verluste auch in metropolitanen und universitären Zentren wie Bremen und Hamburg gab, wo 2017 viele junge Menschen die Par-

tei gewählt hatten? Jene, die darauf gesetzt hatten, dass diese akademischen Schichten die neue Basis der Partei bilden würden, sahen ihre Hoffnungen enttäuscht, denn die jungen Städter gaben ihre Stimmen lieber den Grünen oder gar den Liberalen.

Von den weniger jungen Wählern ist fast ein Drittel der linken Stimmen zur SPD abgewandert. Nach Jahren der Krise konnten die Sozialdemokraten die neoliberale Ära Schröders³ vergessen machen und als Konkurrenz der Linken auf deren ureigenstem Terrain auftrumpfen. So forderten sie zum Beispiel eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro (von derzeit 9,82 Euro). Die Wirkung lässt sich im Wahlverhalten der Gewerkschafter sehen: 2017 stimmten 11,8 Prozent für die Linkspartei, im September waren es 6,6 Prozent - ein Ergebnis, mit dem die Partei noch hinter der AfD (12,2 Prozent) und der FDP (9 Prozent) liegt.

Jede politische Niederlage hat immer auch interne Ursachen. Die Linkspartei ist da keine Ausnahme. Die neuen Ko-Vorsitzenden der Partei, Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow, traten ihr Amt nur wenige Monate vor der Wahl an; sie sind der breiten Öffentlichkeit kaum bekannt und konnten aufgrund pandemiebedingter Einschränkungen kaum Wahlkampf machen. Ende August sorgte ein spektakuläres Chaos bei der Abstimmung über die Beteiligung der Bundeswehr an der Evakuierungsaktion in Kabul für Gesprächsstoff in den Medien: ein Teil der linken Abgeordneten stimmte dafür, ein anderer dagegen, während sich ein dritter enthielt. Und schließlich hat es an der Basis auch nicht gerade Begeisterung hervorgerufen, als schon vor der Wahl für den Fall einer linken Regierungsbeteiligung erhebliche Zugeständnisse ohne jegliche innerparteiliche Diskussion angekündigt wurden.

Die Lähmung der Linkspartei, wirkt sich auch auf andere linke Gruppierungen wie Attac Deutschland aus.

Diese Ereignisse sind jedoch nicht der Grund für die schlechten Ergebnisse seit 2019 bei Landtags- oder den europäischen Wahlen. Das grundlegende Problem liegt im Richtungsstreit zwischen verschiedenen Strömungen in der Partei. Es war die sogenannte Flüchtlingskrise 2015, die die Spaltungslinien ans Licht brachte. Unter Berufung auf das Parteiprogramm von 2011, das „*offene Grenzen für alle*“ fordert, begrüßte ein Großteil der Mitglieder die Öffnung der Grenzen und trat für ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für alle Flüchtlinge ein. Eine andere Strömung sieht die Forderung nach offenen Grenzen für alle jedoch als unrealistisch an. Sahra Wagenknecht verkörpert diese Position. Als ehemalige Ko-Vorsitzende der Bundestagsfraktion, charismatisch und weit über die Partei hinaus prominent, treten sie und ihre Anhänger für eine auf dem Völkerrecht basierende Flüchtlingspolitik, aber zugleich auch für politisch regulierte Migration ein.

Ähnliche Differenzen finden sich auch in der französischen, britischen und amerikanischen Linken, doch in Deutschland werden sie noch einmal durch die Ost-West-Spaltung überlagert. Die Migrationsdebatte eskalierte rasch: so wurde Wagenknecht in Anspielung auf die Nazis aus ihrer eigenen Partei öffentlich als „*nationale Sozialistin*“ bezeichnet. 2018 brachte sie viele ihrer Genossen noch mehr gegen sich auf, als sie - letztlich erfolglos - die Bewegung *Aufstehen* ins Leben rief, die als Konkurrenz zur Linkspartei angesehen wurde. Nach ihrem Rückzug aus der Fraktionsführung 2019 blieb sie auch als einfache Abgeordnete vor allem in den Medien sehr präsent.

Das vergiftete Klima in der öffentlichen Debatte, das Deutschland nach 2015 erfasste, hat sich auch auf die Linkspartei übertragen. Notwendige Strategiediskussionen werden von Polemik über Identitätspolitik und *Cancel Culture* verdrängt. In dem Maße wie analytische Qualität und Offenheit der Diskussion verloren gehen, nehmen moralisierende Verurteilung und persönliche Feindseligkeit zu. „*Die zentrale Botschaft, die vom letzten Parteitag auszugehen schien, war nicht eine bestimmte politische Positionierung oder das Wahlprogramm der Linkspartei, sondern vielmehr die ‚Vielfalt‘ ihrer neuen Führung und die Unangreifbarkeit ihrer pro-LGBTQ (lesbisch, schwul, bisexuell, trans und queer), feministischen und antirassistischen Referenzen. Zweifellos sollte eine sozialistische Partei all das sein*“, schrieb Loren Balhorn, Redakteur der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Chef der deutschen Ausgabe der Zeitschrift *Jacobin*. „*Allerdings*“, so fügte er hinzu, „*ist es fraglich, ob*

diese Art von Botschaft über die unmittelbaren Parteikreise der Linken hinaus Anklang findet und der Bevölkerung einen Grund gibt, sie zu wählen."⁴

Diese Einschätzung vertieft Wagenknecht in ihrem im April 2021 veröffentlichten Buch *Die Selbstgerechten*,⁵ das schnell zum Bestseller wurde. Sie beklagt darin, dass die Linke sich immer mehr einem hippen, akademischen und moralisierenden Lebensstil angleicht, und macht das Übergewicht identitärer Anerkennungspolitik gegenüber der sozialen Frage für die schwindende soziale Basis ihrer Partei verantwortlich. Im Unterschied zum Ansatz der Intersektionalität, der mit dem Begriff „Klassismus“ die soziale Frage auf eine Variante von Diskriminierung wie Sexismus oder Rassismus reduziert, plädiert sie für den Primat der Klassenfrage, in der Feminismus, Antirassismus, Kampf gegen Homophobie usw. als Teil eines dialektischen Ganzen integriert sind.

Das Buch wurde einige Monate vor den Wahlen veröffentlicht und vertiefte die internen Konflikte so sehr, dass einige Mitglieder den Ausschluss der „Quertreiberin“ aus der Partei forderten. Das blieb ohne Erfolg, aber solche Konflikte schreckten nicht nur die Wähler ab, sondern schwächten auch die Partei, da sie die dringend notwendige Entwicklung von Antworten auf die Klimakrise, die Digitalisierung und die Umbrüche im internationalen System auf die lange Bank schieben.

Anzumerken ist, dass sich die Lähmung der Linkspartei in ähnlicher Form auch in anderen linken Gruppierungen findet, wie Attac Deutschland. Die Vereinigung, die bis zur Finanzkrise 2008 eine wichtige Rolle spielte, ist heute nur noch ein Schatten ihrer selbst, nicht nur unfähig, Globalisierungskritik auf der Höhe der Zeit zu formulieren, sondern auch ihre Zerrissenheit konstruktiv zu überwinden.

Wird die Linkspartei noch einmal die Kurve kriegen? Drei Monate nach den Wahlen geht der Kampf der Strömungen untereinander weiter. Der Parteivorstand, der von der sog. „Bewegungslinken“ dominiert wird, steht der Bundestagsfraktion gegenüber, in der eine Allianz aus „Realos“ - oft aus dem Osten - und MDBs, die Wagenknecht mehr oder weniger nahe stehen, die Mehrheit hat.

Der nunmehr kleinsten Fraktion im Bundestag bietet sich jedoch auch eine Chance: Sie verkörpert als einzige Partei linke Opposition gegen eine Regierungskoalition aus SPD, Grünen und Liberalen. Diese Konstellation erinnert an die Schröder-Ära, die seinerzeit den Aufstieg der Linkspartei begünstigt hatte. Die Präsenz der FDP in dieser Koalition verschärft die Widersprüche innerhalb der Regierung und wird die Spielräume für eine soziale Politik einschränken. Wie schon jetzt der Anstieg der Energiepreise zeigt, wird die soziale Dimension der ökologischen Transformation eine Schlüsselrolle spielen. Eine Chance für die Linkspartei?

¹ S. Peter Linden, « [Ce nouveau parti qui bouscule le paysage politique allemand](#) », *Le Monde diplomatique*, mai 2008.

² Quelle: ARD - infratest dimap

³ S. Rachel Knaebel, « [L'aubaine des sociaux-démocrates allemands](#) », *Le Monde diplomatique*, décembre 2021.

⁴ www.jacobinmag.com, 14 März 2021.

⁵ Sahra Wagenknecht, *Die Selbstgerechten : Mein Gegenprogramm — für Gemeinsinn und Zusammenhalt*, Campus Verlag, Frankfurt, 2021.